

Konservativer Gegenstand im gegenwärtigen Wahlkampf

(Fortsetzung von Seite 1)

6. Juni enthalten jedoch weitere Schwindeln und Verleumdungen der allerhöchsten Art. Obgleich die Oberbürger der königlichen Untersuchungskommissionen, die von der konservativen Partei selbst verhängt worden waren, nach gründlicher Untersuchung der sogenannten Bradscham-Anlagen ihren Urteilspruch dahin abgegeben haben, daß keinem einzigen Mitgliede der Regierung ein Verbrechen nachgewiesen werden kann, erklärt der „Nordwesten“ mit einer geradezu haaren Unverschämtheit, die Minister Calder und McRab hätten das Volk Satisfaktionsman betrugen und bestohlen. Der Nordwesten beleidigt seine eigenen Leser, wenn er annimmt, daß sie so dumm und so wenig unterrichtet seien, daß ihnen die Resultate der Untersuchungen durch die königlichen Kommissionen noch nicht bekannt wären.

Wie chlos und erbärmlich die ganze Art der Kampfführung des „Nordwesten“ ist, tritt besonders deutlich hervor, wenn man daran denkt, welcher Stellung der „Nordwesten“ seiner Zeit einnahm, als die Anlagen gegen die konservativen Minister in Manitoba untersucht wurden. Wenn zur Zeit, als diese Untersuchungen gegen die Freunde und Helfershelfer im Gange waren, eine liberale oder unabhängige Zeitung die konservativen Spitzhühner der Manitoba Regierung kritisierte, war sich der „Nordwesten“ jedesmal zur Verteidigung der Verbrecher auf und erklärte:

„Man darf die Roblin-Regierung nicht verurteilen, ehe die Untersuchung nicht abgeschlossen ist. Erst wenn der abschließende Bericht der königlichen Kommissionen vorliegt, werden wir sehen, wie die Sache wirklich steht. Das die Kommissionen sagen, das muß alle Welt als das wahrheitsgetreue Ergebnis der Untersuchungen annehmen.“ Die königlichen Kommissionen fanden Roblin und seine Regierung in jeder Beziehung schuldig. Unter dem Kommando des ebenfalls schuldbeladenen „Bob“ Rogers durfte der „Nordwesten“ natürlich nicht, wie es das Volk Manitobas tat, der konservativen Spitzhühnergesellschaft den Rücken kehren, sondern mußte, von Rogers gezwungen, seinen Lesern die besten Freunde der damals mit Schimpf und Schande gestützten Roblin-Regierung als neue gereinigte konservative Partei anpreisen. Sie erinnerten den Nordwesten daran, daß er damals in Bezug auf Manitoba erklärte: „Das die königlichen Kommissionen feststellen, müssen wir als Wahrheit anerkennen.“ Die königlichen Untersuchungskommissionen in Saskatchewan haben nun festgestellt, daß keinen der liberalen Minister der Regierung irgendwelche Schuld trifft. Warum ermut der „Nordwesten“ diese Entscheidung der Oberbürger unseres Landes nicht an, sondern versucht seinen Lesern vorzutragen, die Minister Calder und McRab hätten das Volk betrogen und bestohlen.

In der Ausgabe vom 6. Juni geht der „Nordwesten“ sogar soweit, die Oberbürger unseres Landes in unerbittlicher Weise zu beleidigen. Der Nordwesten will nämlich, es gehöre eine ziemliche Portion von Unverschämtheit und Abgefälligkeit dazu, die Regierung selbst bei allen Anlagen vollständig entlastet worden. Der Nordwesten behauptet ferner, es sei eine unerhörte Zumutung von den Wählern zu verlangen, eine solche Freiheit auf nur einen Augenblick für ihre Mühe zu nehmen. Nun haben aber die beiden Oberbürger Brown und Elwood (und nicht Elwood war noch vor fünf Jahren ein konservativer Parteiführer) übereinstimmend erklärt, daß jedes Mitglied der Regierung nicht voll kommen frei von Schuld sei, sondern die Kommissionen hätten die durchsichtige und ehrliche Verwaltung des Vermögens seitens der liberalen Regierung noch ausdrücklich anerkennend hervorgehoben. Der Bericht der Bettmore-Kommission enthält folgenden Satz: „Kein Mitglied der Regierung hat irgendwelche Kenntnis von den Fälschungen gehabt, noch hat irgendwelches Mitglied der Regierung an den durch die Fälschungen erlangten Gelddarstellungen teilgehabt.“ Dieses Urteil der Oberbürger und königlichen Kommissionen bezeichnet der „Nordwesten“ als ein Freispruch, und daß die Minister nach gründlicher Untersuchung ein der Wahrheit entsprechendes ehrliches Urteil abgaben, ist nach Ansicht des „Nordwesten“ eine ziemliche Portion von Unverschämtheit und Abgefälligkeit. Eine solche erbärmliche Kampfführung selbst ist schicklich. Die deutsch-fremde Bevölkerung Saskatchewan ist zu ununterrichtet, hat zu geringen Kenntnissen und zu wenig Gefühl für Ehrlichkeit und Wahrheit, als daß sie auf die plumpen Lügen und geschäftlichen Verleumdungen des „Nordwesten“ hereinfallen würde. Bob Rogers und die für ihn lügnerischen Schreiberfelle des Nordwesten können unter Bob nicht irreführen.

Für diejenigen unserer Leser, welche die politischen Vorgänge in Saskatchewan im Laufe des letzten Jahres nicht genau verfolgt haben, geben wir nachstehend noch einmal die ganze Geschichte der Bradscham-Anlagen und der ihnen folgenden Untersuchungen:

Die „Bradscham-Anlagen“ vor den „Königlichen Untersuchungskommissionen“

Das böse Beispiel

Das Schicksal des Zusammenbruchs der konservativen Roblin-Regierung in Manitoba im Jahre 1914 und 1915 ist noch immer unergänzt. Die konservative Regierung der Roblin-Regierung hatte in unantworblicher Weise Mißbrauch mit den öffentlichen Geldern der Provinz und des Volkes getrieben. Die liberalen Führer Manitobas wiesen immer energischer auf die bestehenden Mißstände hin und erhoben schließlich direkte Anlagen gegen die Roblin-Regierung und verlangten eine Untersuchung. Die konservative Regierung, die damals noch eine Mehrheit im Parlament der Provinz Manitoba hatte, himmte diese Anlagen, eine Untersuchung einzuleiten, nieder. Das zeigte deutlich, daß Roblin und seine Genossen ein schlechtes Gewissen hatten; denn sonst hätten sie eine Untersuchung nicht zu fürchten brauchen. Schließlich kam es in Manitoba so weit, daß sich der Vertreter des Königs, der Lieutenant-Gouverneur, ins Mittel legen mußte, und ganz einfach befahl, daß eine Untersuchung stattfinden müsse, da die erhobenen Anlagen sehr schwer und außerdem durch gute Beweisgründe gestützt seien. Sobald dies geschah, haben die Roblin-Regierung und Spitzhühner, die die Regierung der Provinz Manitoba gebildet hatten, ein, daß ihr Spiel verloren war. Roblin und alle seine Minister legten ihre Ämter nieder und schieden, mit Schimpf und Schande bedeckt, aus dem Amt.

Die Konservativen sehen einen Hoffungsschimmer

Diese Begebenheiten in der Roblin-Regierung Manitobas erregten in ganz Canada, je über die Grenzen unseres Landes hinaus, ein riesiges Aufsehen. Naturgemäß waren die Vorurteile in Manitoba gegen das Vertrauen des Volkes in die Regierungen im allgemeinen zu erschüttern. Überall im Lande war man leicht geneigt, Gerüchten Glauben zu schenken, die sich gegen die Ehrlichkeit der Verwaltung irgend einer Regierung wandten. Die konservative Partei in Saskatchewan verlor dadurch sehr bald, diese Stimmung eines allgemeinen Mißtrauens gegen die Regierungen in unserer Provinz auszunutzen. Es ist ja allgemein bekannt, daß die Konservativen der Provinz Saskatchewan ungenutzt das am liebsten und schlagendste Beispiel rücksichtloser Politik darstellen, das man irgendwo in der Welt finden kann. Hoffungslos zur dauernden Opposition verurteilt, wegen seiner rücksichtslosen und selbstsüchtigen Anführer in allen politischen Fragen dem Volke unbeliebt, ja verachtet und verpöndelt, brauchten die liberalen Führer, aus denen die konservative Partei Saskatchewan im Provinzialparlament besteht, sehr notwendig etwas, das ihnen frischen Wind für ihre Zügel liefern konnte; etwas, von dem sie hoffen durften, daß es ihr politisches Schicksal, das es ihr politisches Schicksal zu etwas fröhlicher und glücklicherer Zukunft führen konnte. Kapitän Willoughby, der infolge vergeblichen Nachdenkens über eine fortwährende, dem Volke angenehme Politik auf der Kommando des liberalen Staatschiffes wurde zu dem Entschluß gekommen war, daß die Steuerleute der liberalen Partei, die die Regierung bereits aus der Hand gegeben war, da es sich um einen Erfolg seiner Partei in Saskatchewan verweigerte, zu eifrig nach einer guten Anstellung seitens der Provinzregierung in der Dominion umgesehen und hatte ebenfalls wieder auf und griff nach dem Steuer, um dem konservativen Schifflein ein neues Ziel zu geben.

Die schlimme Abfahrt

Willoughby, Bradshaw und Genossen dachten nämlich so: Es ist ja immerhin möglich, daß eine liberale Regierung in Saskatchewan eine ähnliche Mißwirtschaft getrieben haben könnte, wie sie die konservative Regierung unter Roblin in Manitoba ganz zweifellos getrieben hat. Von Standpunkt unter konservativer Parteipolitik aus betrachtet, ist eine derartige Auffassung ganz natürlich. An ihnen benutzte sich eben die Wahrheit des guten alten Sprichwortes: „Was ich denk' und tu', das tu' ich andern zu.“ Auf jeden Fall lagten sie sich, daß es kein Mißstand, das heißt für die Vertreter der konservativen Partei in Saskatchewan, ein der Wahrheit entsprechendes ehrliches Urteil abgaben, ist nach Ansicht des „Nordwesten“ eine ziemliche Portion von Unverschämtheit und Abgefälligkeit. Eine solche erbärmliche Kampfführung selbst ist schicklich. Die deutsch-fremde Bevölkerung Saskatchewan ist zu ununterrichtet, hat zu geringen Kenntnissen und zu wenig Gefühl für Ehrlichkeit und Wahrheit, als daß sie auf die plumpen Lügen und geschäftlichen Verleumdungen des „Nordwesten“ hereinfallen würde. Bob Rogers und die für ihn lügnerischen Schreiberfelle des Nordwesten können unter Bob nicht irreführen.

Bradshaw erhebt Anlagen

In der Parlamentssitzung der Legislatur der Provinz Saskatchewan, die im Januar 1916 zusammentrat, erhob Bradshaw, der Vertreter von Prince Albert, im Namen und Auftrag der konservativen Partei eine Reihe von denkbaren schwersten Anlagen gegen die Regierung. Allerdings wußte Bradshaw, daß die konservativen schon vorher in Unlauf gesetzt. Raum war das Parlament zusammengetreten, so ergriß

der bewährte liberale Führer, Premierminister Walter Scott, selbst die Initiative, indem er in glänzender Rede auf die Standsprüche in den Zeitungen und in Straßengesprächen hinwies. Ganz im Gegensatz zu den Konservativen in Manitoba, die einer Untersuchung anglich aus dem Wege gingen, solange ihnen das möglich war, erklärte Premier Scott selbst im Namen seiner liberalen Regierung, daß es nur an der konservativen Opposition liegen würde, ob eine Untersuchung stattfinden solle oder nicht. Wollte die Opposition die Gerichte zu direkten, klarformulierten Anlagen verdrängen und die Verantwortung für derartig schwere Anlagen übernehmen, so sei die Regierung jederzeit gern bereit, für eine gründliche und unparteiische Untersuchung Sorge zu tragen. Einige Wochen später erhob dann Bradshaw, wie erwähnt, seine Anlagen gegen die liberale Regierung.

Justiz tat er dies in einer sehr unbestimmten Form, jedoch für eine Untersuchung seine Handhaben geboten war. Die Regierung verlangte genau formulierte Anlagen. Bradshaw und die Konservativen erklärten jedoch, die Regierung solle zuerst eine königliche Untersuchungskommission, aus Richtern bestehend, ernennen. Nur einer solchen Untersuchungskommission würde Bradshaw und die konservative Partei das gesamte Anlage-Material unterbreiten. Die liberale Mehrheit im Parlament ernannte daraufhin zwei Komitees, die sich mit einer Voruntersuchung der noch immer recht unbestimmten Anlagen beschäftigen sollten. Die Konservativen verweigerten ihre Mitarbeit als Mitglieder dieser Komitees, indem sie erklärten, nur durch eine von einer von Richtern bestehenden königlichen Untersuchungskommission vorgenommene gründliche Untersuchung könne das Volk Satisfaktionsman befriedigt werden. Die liberale Regierung und ihre Mehrheit im Parlament ließ sich jedoch durch alles Geschrei nicht davon abbringen, ruhig und sachlich, dem Gesetz entsprechend und dem Herkommen gemäß weiter zu arbeiten, um der ganzen Sache mit möglicher Genauigkeit auf den Grund zu gehen.

Regierung ernannt Kommission

Nachdem es der Arbeit der Parlamentskomitees auch ohne Mitwirkung der Konservativen gelungen war, mehr von dem gegen die Regierung vorhandenen Anlage-Material zu Tage zu fördern, empfahlen diese Komitees die Ernennung von königlichen Untersuchungskommissionen, die aus Richtern bestehen sollten. Die Regierung ernannte sofort drei derartige Kommissionen. Die Konservativen hatten also jetzt, was sie von Anfang an mit feierlichem Geschrei verlangt hatten, nämlich genau die von ihnen gewünschte Art der Untersuchung ihrer Anlagen. Nur hatte die Regierung nicht nur ein, sondern gleich drei derartige Kommissionen ernannt, um die Untersuchung aller Anlagen in nicht allzu ferner Zeit beenden zu können.

Neuer gründlicher Untersuchung

In den nun folgenden Wochen und Monaten spielten sich in Saskatchewan Ereignisse ab, die in der politischen Geschichte Canadas, ja überhaupt einzig dastehen. Nie vorher hat irgend eine Regierung eine derart genaue Untersuchung alles dessen, was sie getan hat, vornehmen lassen. Die Regierung hat auch nicht das geringste verheimlicht, um diese Untersuchung ihrer eigenen Handlungen, ihres eigenen Verhaltens zu der denksamer gründlichen zu gestalten; die es gegeben hat. Die Regierung erlaubte sogar der konservativen Partei, eine ganze Anzahl von Rechtsanwältinnen und unabhängigen Rechnungsprüfern anzuweisen, um im Interesse der anliegenden Oppositionspartei die Bücher und Akten der Regierungs-Departements gründlich zu prüfen. Die Regierung trug sogar die Kosten für die gegen die Regierung selbst gerichtete Untersuchungsarbeit. Alle Bücher und Akten, die von den Rechtsanwältinnen und Rechnungsprüfern der Konservativen verlangt wurden, erhielten sie zum Zwecke der Untersuchung ausgehändigt. Nichts wurde zurückgehalten.

Regierung geht schief vor und bekräftigt Verbrecher

Anwältinnen hatten sich einige Vorurteile erworben, die in weiteren Kreisen den Eindruck erweckten, daß die Regierung tatsächlich für einige vorhandene Mißstände verantwortlich sei. J. V. Brown, ein Mann, der in der Debatte-Aktion der Regierung einen verantwortlichen Rollen inne hatte, verließ plötzlich Regina und entließ sich nach den Vereinigten Staaten. Die Regierung stellte sofort Nachforschungen an und entdeckte, daß sich dieser Brown in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Twine von Manitoba hatte Betrügerien zu Schulden kommen lassen. Ungefähr zu selben Zeit ergriß auch Twine die Flucht. Der Geschäftsführer der Bradshaw-Fälsche, der „Bank of Ottawa“, in Regina, Smith, schien ebenfalls ein schlechtes Gewissen zu haben und begab sich nach den Vereinigten Staaten. Den Anstrengungen der unter der Direktion der liberalen Regierung stehenden provinzialen Polizei gelang es, die drei Entflohenen ausfindig zu machen und nach Regina zurückzuführen. Der Chef der Provinzialpolizei folgte J. V. Brown über den ganzen nordamerikanischen Kontinent und verhaftete ihn schließlich in St. Antonio, Texas, nahe der mexikanischen Grenze. Die Regierung leitete sofort einen Prozeß gegen

den Verbrecher ein, und diese wurden, ihrer Vergehen überführt, zu schweren Haftstrafen verurteilt. Die gegenwärtig in den Gefängnissen der Provinz abtun. Außerdem beschlagnahmte die Regierung das gesamte Vermögen der Schuldigen, um auf diese Weise der Provinzialkassette Erlös für die verurteilten Gelder zu verschaffen.

Die Konservativen vernachlässigen ihre Pflicht

Wenn die Konservativen das Interesse der Provinz und des Volkes wirklich hätten wahrnehmen wollen, so hätten sie der Regierung oder den Gerichten sofort eine Anzeige erstatten müssen, als sie eine Nachricht von irgend welchen Veruntreinungen erzielten. Den Konservativen kam es aber nicht darauf an, die Verbrecher zur Rechenschaft zu ziehen, sondern aus der ganzen Sache politisches Kapital zu schlagen, um so möglich die Regierung stürzen zu können.

Dreierlei Anlagen

Die durch Bradshaw seitens der konservativen Partei erhobenen Anlagen richteten sich:

1. gegen die Verwaltung der Alkoholverkaufsgewinne seitens der Regierung, also die Abteilung des Generalmanagers der Provinz, und gegen eine Anzahl liberaler Abgeordneter, denen der Vorwurf der Vechtschheit gemacht wurde;
2. gegen die Begebau-Abteilung der Regierung;
3. gegen die Regierungsabteilung für öffentliche Arbeiten, in Verbindung mit dem Bau der Eisenbahn in Nord-Battleford.

Brown-Elwood Kommission findet Regierung ohne jede Schuld

Die unter 1. genannten Anlagen wurden einer aus den beiden Oberbürgern Brown und Elwood bestehenden Kommission zur Untersuchung übergeben. Nach monatelanger gründlicher Untersuchung und der Benennung einer Unmenge von Zeugen benutzte die Brown-Elwood Kommission im August 1916 ihre Arbeit und erstattete einen abschließenden Bericht, der in Kürze zusammengefaßt folgendes enthielt:

J. E. Bradshaw erhub 27 Anschuldigungen gegen liberale Mitglieder der Legislatur; nicht wegen Verleumdung, nicht wegen Unterdrückung von Straßverordnungen gegen Inhaber von Alkohollizenzen zur Verwendung von Geld oder das Verbrechen der Unterdrückung der Wahl, und es wegen Empfang von Geldern von Alkohollizenzgebern in Verbindung mit der Erlangung von Lizenzen.

Das wichtigste Ergebnis der Untersuchung besteht in der Tatsache, daß die liberale Scott-Regierung als eine Regierung in ihrer Gesamtheit, sowie auch jedes einzelne angeklagte Mitglied der Regierung vollständig von jeder Schuld frei gesprochen wurde.

Die 27 Anschuldigungen bezogen sich zum Teil auf drei Kabinettsminister, acht Mitglieder der Legislatur und zwei frühere Mitglieder der Legislatur.

Von diesen 27 Anschuldigungen wurden zwei von Bradshaw fallen gelassen und fünfzehn von der Kommission verworfen, da das vorgenommene Beweisnahmeverfahren ein Stellen derartigen Anlagen nicht rechtfertigte.

Von den übrigen zehn Anschuldigungen kam die Kommission dahin überein, gegen Mitglieder der Legislatur in sieben Fällen zu entscheiden. Diese sieben Fälle betreffen vier Mitglieder der Legislatur.

Begen der übrigen drei Anschuldigungen hat ein einseitiger Befund der Richter nicht stattgefunden und sind deren Ansichten über die Fälle auseinandergegangen.

Nicht Brown lag in seinem Befund, daß die Wahrheit der Anschuldigungen nicht erwiesen sei, während nicht Elwood, obwohl er auch der Ansicht ist, daß die Anschuldigungen, so wie sie erhoben wurden, nicht bewiesen worden sind, dahin erkennt, daß genügend Beweis erbracht worden ist, um die Anschuldigungen zu stützen, oder aber um eine Verbindung zwischen der Anschuldigung und der Verurteilung, die angeklagt worden ist, darzutun.

Von den dreizehn Personen, die Bradshaw in seinen 27 bestimmten Anlagen angeklagt hat, sind sieben von der Kommission vollständig von einer Schuld entlastet worden, nämlich Hon. W. J. A. Turgeon, Hon. George Langen, Hon. A. P. McRab, A. F. Zoske, J. Rolin, E. Lodge und E. E. Simpson.

Zwei andere, J. V. Brown und Gerhard Ens, wurden von Richter Brown entlastet, dagegen nicht von Richter Elwood. Die anderen vier, Zebard, Moore, Pierce und Camthorpe, sind für schuldig befunden, die ersten zwei wegen Empfangs von Geldern in Verbindung mit der Erlangung von Lizenzen, der dritte wegen Verleumdung und Empfangs von Geldern unter dem Vorwand, Straßverordnungen zu unterbreiten.

Die acht Verleumdungsanlagen

Durch die Kommission ebenfalls von Schuld freigesprochen: Simpson, Lodge, Rolin.

Von der Kommission für schuldig befunden: Pierce, Camthorpe.

Von Richter Brown entlastet, dagegen von Richter Elwood für schuldig befunden: Gerhard Ens.

Die acht Anschuldigungen wegen Unterdrückung von Straßverordnungen

Ehrenhaft von der Kommission freigesprochen: Hon. W. J. A. Tur-

geon, Hon. A. P. McRab 1, Lodge 2, Camthorpe 1, Rolle.

Von der Kommission für schuldig befunden: Camthorpe 1.

Von Richter Brown ehrenhaft entlastet und von Richter Elwood von der gestellten Anlage entlastet: Hon. A. P. McRab 1. Richter Elwood erkennt McRab für die Niederlegung einer Straßverordnung verantwortlich, obwohl Herr McRab nicht anordnete, sie niederzulegen.

Richter Elwood erkennt, daß Rolle an der unter Anlage gestellten Handlung teilgenommen habe.

Die elf Anschuldigungen wegen Annahme von Geldern für Beschaffung von Lizenzen

Ehrenhaft von der Kommission freigesprochen: Hon. George Langen, Zebard 1, Camthorpe 1.

Von der Kommission für schuldig befunden: Zebard 2, Moore 2.

Von Richter Brown ehrenhaft entlastet und von Richter Elwood von der gestellten Anlage entlastet: Rolle.

Verleumdungsanmeldungen, 1915

Aus den vorgelegten Beweisen war die Kommission, obwohl Andeutungen darüber gemacht wurden, die Niederlegung der Regierungsverordnungen zu erzwingen, nicht in der Lage, zu sehen und zu erkennen, daß eine Verleumdung, wie behauptet worden ist, bestanden hat.

Schlichte Verwaltungsarbeit der Regierung anerkannt

Das Wichtigste an dem eben in gedrängter Fassung gegebenen Bericht ist die einfache Tatsache: Die liberale Regierung ist ohne jede Schuld.

Neun Jahre lang hat die Scott-Regierung durch die Abteilung des Generalmanagers der Provinz, durch die Provinzial- und die königliche berittene Polizei das Lizenz-System des Alkoholverkaufes in der Provinz gehandhabt. Diese ganze, während eines Zeitraumes von zehn Jahren geleistete Verwaltungsarbeit galt es, gründlich zu untersuchen. Jedermann, der etwas vorzubringen mußte, war aufgefordert, vor der Untersuchungskommission zu erscheinen. Die Untersuchung ergab, daß auch nicht der leiseste Vorwurf gegen die Verwaltungsarbeit der Regierung oder der ihr unterstellten ausführenden Organe (Lizenz-Behörde oder „Board of Licence Commissioners“, Lizenz-Inspizoren, Polizei-Behörden, usw.) berechtigt ist. Das ist ein geradezu glänzender Rekord für eine Regierung.

W. M. Martin, Satisfaktionsman neuer Premier, geht mit unerschütterlicher Strenge gegen alle Schuldigen vor.

Nun war es nur noch von Interesse für das Volk Saskatchewan zu erfahren, wie die Führer der liberalen Partei, die unsere Regierung bilden, sich den Schuldigen gegenüber verhalten würden.

Es mag hier Schwierigkeiten haben, gegen Anhänger der eigenen Partei scharf vorzugehen. Das Volk aber muß und dürfte von der Regierung erwarten, daß sie um der Ehre unserer Provinz willen, für die nachstehende Partei nicht zurückbleiben werden lassen. Moral und Gewissen verlangen, daß ein Abgeordneter, der sich des Vertrauens seiner Wähler unwürdig gezeigt hat, seinerlei Nachsicht erfährt.

Da der langjährige, bewährte und allgemein beliebte Premierminister Scott sich im Oktober 1916 gegenwärtig lag, wegen anwahnender schwerer Krankheit auf dringendes Anraten seiner Ärzte sein verantwortliches Amt niedergelegt, war es eine der ersten und wichtigsten Aufgaben unserer neuen jungen Premierministers W. M. Martin, dem Volke zu zeigen, daß die liberale Partei unter seiner Führung nicht nur in ihren Reihen und unter der Hand nicht des vollen Vertrauens seiner Wähler wert sei.

Von den vier von der Kommission als schuldig befundenen Abgeordneten schlug nur einer den einzig richtigen Weg ein, indem er sein Mandat niederlegte. Das war der in „Moore“ gewählte Abgeordnete Zebard. Als er sich in einer bald darauffolgenden Erklärung wieder um das Vertrauen seiner Wähler bemühte, erklärte Premier Martin, daß Zebard nicht mehr als Kandidat der liberalen Partei gelten könne, und daß die Wahl seine eigene persönliche Angelegenheit sei. Zebard wurde geschlagen und schied damit aus dem politischen Leben der Provinz aus.

Gegen den am schwersten betroffenen Abgeordneten Pierce von Badena erhob die Regierung eine Anlage. Das Gerücht verurteilte Pierce, und er verbiß gegenwärtig seine Strafe im Gefängnis. Den dritten Abgeordneten, Camthorpe von Vigar, forderte Premier Martin auf, sein Mandat als Abgeordneter ebenfalls niederzulegen. Leider war Camthorpe nicht ehrenhaft genug, um dieser Aufforderung Folge zu leisten. Die Regierung beabsichtigt daraufhin im Parlament seinen Ausschluss, und Camthorpe wurde auf einstimmigen Beschluß des Provinzialparlamentes ausgeschlossen und seines Sitzes für verlust erklärt. Der vierte Abgeordnete, S. Moore von Binto Creek, dessen Vergehen nicht so schwer war, wurde durch Premier Martin aus der liberalen Partei ausgeschlossen. Er wird keine Gelegenheit mehr haben, als ein liberaler Kandidat aufzutreten.

Gerhard Ens ohne Schuld

Da der frühere deutsche Abgeordnete Gerhard Ens von Rostern in

Liberaler Versammlungen

Achtung Farmer!

Am Dienstag, den 19. Juni, abends, findet eine große Versammlung zu Ituna statt, auf der Premierminister Martin eine Ansprache halten wird.

Am Freitag, den 22. Juni, abends, werden Premier Martin u. Minister Dunning in Briercrest Ansprachen halten.

Kommt alle und hört, was Euch die bewährten Männer des öffentlichen Lebens zu sagen haben.

dem Bericht der Brown-Elwood Kommission genannt wurde, ist hier erwähnt, daß sich die beiden Kommissionen in seinem Falle nicht einigen konnten. Oberbürger Brown hielt Ens für unschuldig, während Oberbürger Elwood der Meinung war, daß ein Tadel gegen ihn auszusprechen sei. Herr Ens brachte daraufhin seinen Fall vor die Geschworenen des Obergerichts, die ihn einstimmig von jeder Schuld freisprachen.

Bettmore-Kommission sagt ebenfalls: Regierung ist vollständig unschuldig

Die unter 2. genannten Anlagen Bradshaws wurden einer königlichen Kommission unter dem Vorsitz des früheren Oberrichters der Provinz, Bettmore zur Untersuchung übergeben. Da in Verbindung mit diesen Anlagen die Rechtsanwälte der konservativen Ankläger die Prüfung eines ganz gewaltigen Haufes von Material verlangten, zog sich die äußerst gründliche Untersuchung sehr lange hin. Anfang Januar 1917 reichte die Bettmore-Kommission endlich ihren endgültigen Bericht über die ganze Untersuchung ein. Der Bericht der Kommission umfaßt 71 mit Maschinenschrift beschriebene Seiten und kann deshalb unmöglich hier wörtlich wiedergegeben werden. Die wichtigsten und hervorragenden Tatsachen, die dem Bericht inbegriffen sind, sind:

Die Bettmore-Kommission unter Vorsitz des früheren Oberrichters Bettmore die liberale Regierung von jeder Schuld vollständig frei sprach. Der betreffende Satz aus dem Bericht der Kommission lautet wörtlich folgendermaßen:

„Kein Mitglied der Regierung hat irgendwelche Kenntnis von den Fälschungen gehabt, noch hat irgendwelches Mitglied der Regierung an den durch die Fälschungen erlangten Gelddarstellungen teilgehabt.“

Die Kommission stellte fest, daß die Gesamtsumme der durch Brown und Twine vorgenommenen Unterschlagungen \$11,460.24 beträgt. Der Gesamtbetrag der Unterschlagungen Browns in Verbindung mit Twine, Swift Current und dem Geschäftsführer A. L. S. Smith von der Bradshaw-Fälsche, der „Bank of Ottawa“, Regina, beläuft sich nach den Feststellungen der Kommission auf \$52,924.13. Außerdem stellte die Kommission fest, daß ein Schreiber der Begebau-Abteilung, Simpson, zusammen mit einem Begebau-Mann, Gohren, Unterschlagungen bewerkstelligt hat, die sich im ganzen auf \$2,262.80 belaufen.

Regierung zieht selbst die Verbrecher zur Rechenschaft

Es ist bereits an früherer Stelle in dieser Beschreibung ausgeführt worden, daß die Regierung alles getan hat, um auch hier die Schuldigen voll und ganz der Bestrafung durch die Gerichte auszuliefern, und die verurteilten Gelder der Provinzialkassette durch Beschlagnahme des Eigentums der Verbrecher wieder zuzuführen. Keine Regierung hätte mehr tun können.

Haultain-Kommission

Die unter 3. genannten Anlagen wurden einer aus dem gegenwärtigen Oberbürger der Provinz Sir Frederick Haultain, und den beiden Richtern des Obergerichts Lamont und Newlands, bestehenden königlichen Kommission zur Untersuchung übergeben. Diese Kommission hat ein derartig großes Material zu verarbeiten, daß sie ihre Untersuchungen noch immer nicht abgeschlossen und noch keinen endgültigen Bericht eingereicht hat. Aus den bisher vorgenommenen Verhandlungen geht jedoch klar hervor, daß auch, soweit diese Anlagen im Betracht kommen, die Regierung vollständig schuldlos dasteht.

Konservative Verleumder entlastet — Satisfaktionsman steht mit vermehrtem Vertrauen und alter Treue zu seiner liberalen Regierung

Was ist nun das schließliche Resultat dieser berühmten „Bradscham-Anlagen“, nachdem eine so äußerst gründliche Untersuchung stattgefunden hat, wie sie noch niemals vorher in der politischen Geschichte irgend eines Landes von einer Regierung gewährt wurde?

Jeder einsichtsvolle klar denkende Bürger darf erkennen, daß die Konservativen ein freivolles Spiel getrieben haben. Sie glaubten, sie könnten das Volk Satisfaktionsman irreführen und durch unbegründete Anlagen gegen die Regierung das feste Vertrauen des Volkes in unsere liberale Verwaltung erschüttern. Robert Rogers, dessen unaufrichtige Machenschaften in Manitoba jetzt klar erwiesen sind, legte, wie Minister Calder seiner Zeit im Provinzialparlament deutlich nachwies, die ganze Verleumdung von Ottawa aus in Szene. Willoughby, Bradshaw und Genossen folgten blindlings der Führung von Rogers. Heute stehen die Verleumder entlarvt und gründlich belächelt da. Das Vertrauen des Volkes in die liberale Regierung, die eine solche durchgreifende Untersuchung glänzend bestanden hat und ohne irgendwelchen Mafel daraus hervorgegangen ist, ist fester gegründet als je vorher.

Vielleicht wird jemand einwenden wollen, daß die Untersuchung doch gezeigt habe, daß Untersuchungen vorgenommen seien, wenn auch die leitenden Minister der Regierung keine direkte Schuld treffen konnte. Dem gegenüber ist daran erinnert, daß es durchdringende Bananfängeln oft gelang, jahrelang unangefasteten vorzunehmen, und eine Entdeckung für lange Zeit zu verhindern. Es gibt einfach kein noch so gründliches System in der Verwaltung von Geldern, das ein flüchtiger Verbrecher nicht umgehen könnte. Die Banken sind in allen Ländern der Welt diejenigen Institute, die das beste System von Buchführung und Nachprüfung über Gelder und Rechnungen haben. Wenn nun irgend ein Bankangestellter Gelder veruntreut und schließlich entdeckt wird, so wird er eben der gerechten Bestrafung ausgeliefert. Kein Mensch aber denkt daran, der betreffenden Bank das Vertrauen zu entziehen. Genau so verhält es sich auch mit der Regierung. Die Minister unserer Provinz, die Führer der liberalen Partei, stehen mit blankem Ehrenschilde da. Sie haben alles getan, um die Schuldigen gebührend zu bestrafen. Das Volk hat für die gewissenlosen Verleumder und Heer von der konservativen Seite nur Berachtung übrig und wird der liberalen Regierung am kommenden Wahltag aufs neue ihr volles Vertrauen darlegen, daß es die liberale Partei wiederum mit überwindlicher Mehrheit mit der Regierung und Verwaltung unserer Provinz betraut.

Die Kommission stellte fest, daß die Gesamtsumme der durch Brown und Twine vorgenommenen Unterschlagungen \$11,460.24 beträgt. Der Gesamtbetrag der Unterschlagungen Browns in Verbindung mit Twine, Swift Current und dem Geschäftsführer A. L. S. Smith von der Bradshaw-Fälsche, der „Bank of Ottawa“, Regina, beläuft sich nach den Feststellungen der Kommission auf \$52,924.13. Außerdem stellte die Kommission fest, daß ein Schreiber der Begebau-Abteilung, Simpson, zusammen mit einem Begebau-Mann, Gohren, Unterschlagungen bewerkstelligt hat, die sich im ganzen auf \$2,262.80 belaufen.

Regierung zieht selbst die Verbrecher zur Rechenschaft

Es ist bereits an früherer Stelle in dieser Beschreibung ausgeführt worden, daß die Regierung alles getan hat, um auch hier die Schuldigen voll und ganz der Bestrafung durch die Gerichte auszuliefern, und die verurteilten Gelder der Provinzialkassette durch Beschlagnahme des Eigentums der Verbrecher wieder zuzuführen. Keine Regierung hätte mehr tun können.

Haultain-Kommission

Die unter 3. genannten Anlagen wurden einer aus dem gegenwärtigen Oberbürger der Provinz Sir Frederick Haultain, und den beiden Richtern des Obergerichts Lamont und Newlands, bestehenden königlichen Kommission zur Untersuchung übergeben. Diese Kommission hat ein derartig großes Material zu verarbeiten, daß sie ihre Untersuchungen noch immer nicht abgeschlossen und noch keinen endgültigen Bericht eingereicht hat. Aus den bisher vorgenommenen Verhandlungen geht jedoch klar hervor, daß auch, soweit diese Anlagen im Betracht kommen, die Regierung vollständig schuldlos dasteht.

Konservative Verleumder entlastet — Satisfaktionsman steht mit vermehrtem Vertrauen und alter Treue zu seiner liberalen Regierung

Was ist nun das schließliche Resultat dieser berühmten „Bradscham-Anlagen“, nachdem eine so äußerst gründliche Untersuchung stattgefunden hat, wie sie noch niemals vorher in der politischen Geschichte irgend eines Landes von einer Regierung gewährt wurde?

Hon. Robert Rogers

(Fortsetzung von Seite 1.)

viel stellt, daß der Eindruck, der von den neuen Kommissionen hierdurch gewonnen wird, kein völlig klarer sein kann.

Wäre das Ansehen unserer Justiz nicht viel besser gewahrt geblieben, wenn Hon. Robert Rogers sein Amt niedergelegt hätte und vor den General-Anwalt mit dem Ansehen herangeführt wäre, eine irrationale Untersuchung gegen ihn zu eröffnen, um an Hand einer solchen zu erfahren, inwieweit dem Befund von Richter Galt Gewicht beizumessen, inwieweit Rogers schuldig ist, und inwieweit nicht? Das wäre unserer Ansicht nach der Schritt gewesen, um dem vorzubeugen, daß alle Welt denkt, daß wir es auch in Gerichtsdingen und bei unseren Richtern mit Parteienwesen zu tun haben. Der Zwischenfall ist ein höchst bedauerlicher und wird sicher nicht dazu beitragen, daß man von unseren Institutionen, insbesondere außerhalb Canadas, mit Achtung spricht.

Was das Ansehen „Bob“ Rogers anbetrifft, so hat er in einem solchen, wenigstens in neuerer Zeit, kaum bei seinen Parteifreunden gefunden, und die zweite Kommission wird ihn kaum von dem Untergang retten. Nicht nur Winnipeg, sondern hervorragende Politiker aller Schattierungen in ganz Canada sehen in dem Rücktritt „Bob“ Rogers seinen vollständigen Untergang und betrachten den Weg, der von Norden eingeschlagen worden ist, als einen leichten, um ihn loszuwerden.